

Thomas Demuth
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 29.04.2011

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	2/2011
Datum	Dienstag, dem 22. März 2011
Sitzungsbeginn	19:00 Uhr
Sitzungsende	22:45 Uhr
Ort	Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Mitglied

Herr Thomas Demuth
Herr Dietmar Beilner
Herr Klaus-Dieter Broschowsky
Frau Patricia Bürgstein
Herr Manfred Diekow
Herr Achim Dietenhöfer
Frau Christine Empter
Frau Elke Förster-Helm
Herr Rainer Gustke
Herr Johannes Haas
Herr Gunter Hartung
Herr Markus Held
Frau Stefanie Held
Herr Heinz Herold
Herr Gerd-Jürgen Jesse
Herr Reiner Keim
Frau Gisela Klein
Herr Johannes Kortenhoeven
Frau Katja Lauterbach
Herr Achim Lehwald
Frau Dana Pastor
Herr Francesco Piscitello
Herr Hans-Jürgen Poth
Herr Alexander Rabold
Herr Joachim Rechholz
Herr Johann Sattmann
Herr Tobias Schadeberg
Herr Hans Schönhals
Herr Michael Schreier
Herr Dr. Werner Skupin
Herr Thomas Stöppler
Herr Perry von Wittich
Herr Winfried Weiss
Herr Harald Wenzel
Frau Rosemarie Wenzel
Herr Helmut Wietoska

Magistratsmitglieder

Frau Ingrid Cammerzell
Herr Edwin Jessl

Herr Manfred Lüer
Herr Günter Maibach
Herr Josef Pastor
Herr Uwe Ringel
Herr Volker Schadeberg
Herr Jürgen Schäfer

Schriftführer

Herr Dr. Achim Wächtler

Verwaltung

Herr Jens Brede
Herr Günter Halin
Herr Ralf Keim
Frau Andrea Odenwäller
Herr Dieter Opalla
Herr Marcel Schneider
Herr Björn Schutt

entschuldigt

Herr Horst Roepenack
Herr Gerhard Rehbein

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 01.02.2011
2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3		Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4		Berichte aus den Ausschüssen
5	DS 74/2011	Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich des ehemaligen Fliegerhorstes Langendiebach mit Natolager
6	DS 30/2011	Kauf eines neuen Einsatzleitwagen ELW 1 für die FFw. Bruchköbel
7	DS 127/2008	Antrag der SPD-Fraktion: Erweiterte Öffnungszeiten in den städtischen Kindertagesstätten
8	DS 77/2011	Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu DS-Nr. 127/2008
9	DS 35/2011	Bedarfs- und Entwicklungsplan – Kindertagesbetreuung der Stadt Bruchköbel 2010 -2015
9.a		Haushaltsreden der Fraktionen
10	DS 21/2011	Änderungen zum Haushaltsentwurf 2011
11	DS 36/2011	CDU-Antrag: Verkleinerung bzw. Verkauf Spielplatz Karl-Eidmann-Straße
12	DS 37/2011	CDU-Antrag: Anschaffung Zusatzmodul Stellenverwaltungssystem
13	DS 38/2011	CDU/GRÜNE-Antrag: Hallenbad
14	DS 39/2011	CDU/GRÜNE-Antrag: Zuschuss soziale Einrichtungen
15	DS 40/2011	SPD-Antrag: Streichung Tiefbaumaßnahmen
16	DS 41/2011	SPD-Antrag: Sanierung altes Rathaus
17	DS 42/2011	SPD-Antrag: Pachtvertrag und Instandhaltung Bürgerhaus Bruchköbel
18	DS 43/2011	SPD-Antrag: Streichung der Mittel für Digitalisierung
19	DS 44/2011	SPD-Antrag: Kosteneindämmung bei Fremdvergabe
20	DS 45/2011	SPD-Antrag: Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung aus 2010
21	DS 46/2011	SPD-Antrag: Interkommunale Zusammenarbeit
22	DS 47/2011	SPD-Antrag: Kürzung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

TOP	DS-Nr.	Titel
		um 5%
23	DS 48/2011	SPD-Antrag: Einführung einer "Bruchköbeler Familienkarte"
24	DS 49/2011	SPD-Antrag: Liegenschaft Hauptstr. 113a
25	DS 50/2011	SPD-Antrag: Neubau Hallenschwimmbad
26	DS 80/2011	Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu DS-Nr. 50/2011
27	DS 51/2011	SPD-Antrag: Konzept Bärensee
28	DS 64/2011	SPD-Antrag: Neukonzeption der öffentlichen Kinderspielplätze
29	DS 78/2011	Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu DS-Nr. 64/2011
30	DS 52/2011	SPD-Antrag: Erhöhung der Aufwendungen für Städtepartnerschaften
31	DS 79/2011	Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu DS-Nr. 52/2011
32	DS 53/2011	SPD-Antrag: Richtlinien zur Förderung von Betreuungsplätzen in der Kindertagespflege der Stadt Bruchköbel
33	DS 54/2011	BBB-Antrag: Fußballtrainingsflächen für Roßdorf, Nieder- und Oberissigheim
34	DS 55/2011	BBB-Antrag: Reduzierung Kosten für Sach- und Dienstleistungen
35	DS 56/2011	BBB-Antrag: Reduzierung der Personalkosten
36	DS 57/2011	BBB-Antrag: Streichung neu zu schaffender Stellen
37	DS 58/2011	BBB-Antrag: kein neues Rathaus
37.a	DS 75/2011	Antrag der BBB-Fraktion: Kein Geld für Rathausneubau
38	DS 59/2011	BBB-Antrag: Reduzierung der Kassenkredite
39	DS 65/2011	BBB-Antrag: Zuschuss für Institutionen
40	DS 60/2011	FDP-Antrag: Vergabe von Schlaglochpatenschaften
41	DS 61/2011	FDP-Antrag: Streichung einzelner investiven Auszahlungen
42	DS 62/2011	FDP-Antrag: Kürzung der Ausgabenpositionen
43	DS 63/2011	Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Antrag: Gebührenanpassung
44	DS 92/2010	Stellenübersicht 2011 des Eigenbetriebes "Wirtschaftliche Betriebe der Stadt Bruchköbel"
45	DS 93/2010	Stellenübersicht 2011 des Eigenbetriebes "Soziale Dienste der Stadt Bruchköbel"
46	DS 127/2010	Stellenplan der Verwaltung - Haushaltsjahr 2011
47	DS 186/2010	Haushaltssatzung 2011
48	DS 183/2010	Investitionsprogramm für den Zeitraum 2010 bis 2014
49	DS 184/2010	Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2010 - 2014
50	DS 188/2010	Erstellung einer Prioritätenliste für die Kreditfinanzierung gemäß Investitionsprogramm 2011
51	DS 185/2010	Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2010 - 2014
52	DS 91/2010	Wirtschaftsplan 2011 der Sozialen Dienste
53	DS 152/2010	Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2011 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel
54		Schlusswort des Stadtverordnetenvorstehers

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 34 Anwesenden die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung meldet sich der Stadtverordnete v.Wittich und möchte TOP 8 von der Tagesordnung genommen wissen, da der Verbleib im Haupt- und Finanzausschuss beschlossen war. Der Stadtverordnetenvorsteher macht darauf aufmerksam, dass z.B. auch zurückgezogene Anträge ohne vorliegende bzw. genehmigte Niederschrift der Haupt- und Finanzausschusssitzung aus formellen Gründen zunächst auf die Tagesordnung genommen wurden. Er werde zum jeweiligen Tagesordnungspunkt entsprechend berichten.

Der Stadtverordnete v.Wittich bittet um die Aufnahme eines Dringlichkeitsantrags auf die Tagesordnung: "Herrn Bürgermeister Günter Maibach wird wegen des Zulassens von Wahlwerbung im Rathaus sowie seines Wahlaufrufs mit einer versteckten Wahlempfehlung eine öffentliche Rüge erteilt." Er begründet dies wie folgt: Zum wiederholten Male sei die Stadtverwaltung Bruchköbel für Wahlkampfzwecke durch den Vorsitzenden der CDU Bruchköbel benutzt worden. Nachdem alle Mitarbeiter über die

interne Hauspost zu einer CDU-Wahlkampfveranstaltung eingeladen worden seien, hätten sie ein paar Tage später per E-Mail von dem CDU-Vorsitzenden über alle Amtsleiter einer Ausladung erhalten. Dies hätte von Bürgermeister Maibach verhindert werden müssen. Ein Bürgermeister habe Neutralität zu wahren, da er Bürgermeister von allen Bruchköbeler Bürgerinnen und Bürgern sei. Zudem sei in der letzten Ausgabe des Bruchköbeler Kuriers ein Wahlauf Ruf von Bürgermeister Maibach veröffentlicht worden, indem er unter anderem mehrfach für „klare Verhältnisse“ und damit für alle Bruchköbeler erkennbar, für die CDU wirbt. Hoheitliche Stellen dürften nicht in amtlicher Eigenschaft Partei ergreifen auf die Bildung des Wählerwillens einwirken.

Um 19:07 Uhr betritt der Stadtverordnete Stöppler den Sitzungssaal, damit sind 35 Stadtverordnete anwesend.

Der Stadtverordnete Keim spricht gegen den Dringlichkeitsantrag, der Bürgermeister sei der falsche Adressat. Der Bürgermeister nimmt Stellung hinsichtlich der Vorwürfe. Er habe noch am 15.03. eine Hausmitteilung an die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter gegeben, mit der die Wahlwerbung im Rathaus untersagt werde. Er habe damit klar zum Ausdruck gebracht, dass er dies im Rathaus nicht dulde.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft den Stadtverordneten Schönhals zur Ordnung.

Der Stadtverordnetenvorsteher macht darauf aufmerksam, dass zur Aufnahme eines Antrags in die Tagesordnung eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist.

Abstimmung: bei 22 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen wird der Dringlichkeitsantrag nicht zur Tagesordnung genommen.

TOP 1	Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 01.02.2011
-------	---

Zur Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung vom 01.02.2011 haben sich keine Einwendungen ergeben, sie gilt daher als genehmigt.

TOP 2	Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
-------	---

Der Stadtverordnetenvorsteher weist darauf hin, dass eine Einladung zum Schlachtessen der Freiwilligen Feuerwehr Niederissigheim ausliegt.

Er weist auf den Termin zur Vernichtung der Tonbandaufzeichnungen der zu Ende gehenden Wahlzeit am 24.03. um 18:00 Uhr im Stadtverordnetensaal hin.

Er lädt die Damen und Herren zu einem Umtrunk nach Sitzungsende ein.

Sodann berichtet er, dass Stadtrat Rehbein telefonisch angekündigt habe, frühestens gegen 20:00 Uhr eintreffen zu können. Stadtrat Rehbein habe ihn gebeten eine persönliche Erklärung vorzutragen. Er bittet, den Wortlaut im Protokoll aufzunehmen.

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte jetzt persönlich und im Namen der CDU Bruchköbel eine Erklärung verlesen. Diese Erklärung nimmt Bezug auf die Einladung des Vorstandes der CDU Bruchköbel, die unter anderem gegenüber Mitarbeitern der Stadtverwaltung ausgesprochen wurde für eine öffentliche Veranstaltung der CDU Bruchköbel, am Sonntag, den 20.03.2011. Diese Einladung an die Mitarbeiter auszusprechen war ein Fehler, für den ich hier und heute in aller Öffentlichkeit bei den betroffenen Mitarbeitern, aber auch bei den anderen hier in diesem Parlament vertretenen Parteien um Entschuldigung bitten möchte. Diese Einladung sollte eine gut gemeinte Geste sein, die leider nicht richtig durchdacht war und diesen Fehler bedauern wir als CDU und ich persönlich sehr. Auch meine Aussage in der Mail vom 16.03.2011 an die Mitarbeiter der Verwaltung des Rathauses, dass sie mit der Rücknahme der Einladung zu Bürgern zweiter Klasse deklassiert werden, war unsachlich und falsch. Ich möchte aber auch richtig stellen, dass die Einladung durch mich verteilt wurde und nicht durch Mitarbeiter der Verwaltung und es somit auch zu keiner Verschwendung von Steuergeldern kam. Nachdem Beschwerden anderer Parteienvertreter über diese Einladung bei übergeordneter Stelle eingegangen waren, hat die CDU die Einladung sofort gegenüber den Mitarbeitern schriftlich zurückgezogen und darum gebeten, dass diese Einladung als gegenstandslos betrachtet wird. Ich möchte an dieser Stelle auch betonen, dass weder der Bürgermeister noch der Stadtverordnetenvorsteher Kenntnis

von der Einladung und der Verteilung an die Mitarbeiter hatten. Selbstverständlich wurde auch kein Druck auf die Mitarbeiter ausgeübt, diese Veranstaltung zu besuchen. Ich bitte Sie, dass meine Entschuldigung von den Mitarbeitern und den anderen Parteienvertretern angenommen wird. Vielen Dank. Unterscriben Gerhard Rehbein, Vorsitzender der CDU Bruchköbel"

Der Stadtverordnete Rabold fragt, wie es konkret zu dieser Einladung kam, und ob der Name des Stadtverordnetenvorstehers in diesem Zusammenhang missbraucht worden sei. Er zitiert entsprechend aus der Einladung. Inhaltlich sei nicht akzeptabel, dass unmittelbar vom Volk gewählte Parlamentarier verunglimpft werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher bekundet, es sei richtig dass er und der Bürgermeister die Einladung gezeichnet hätten. Adressaten sollten Vereinsvertreter und Gewerbetreibende sein. Er habe in seiner Eigenschaft als Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der CDU gehandelt. Die Adressierung in das Rathaus sei ihm nicht bekannt gewesen. Vom Inhalt distanzieren er sich, auch und insbesondere hinsichtlich der Ausführungen zur Legitimation der Parlamentarier.

Der Bürgermeister eignet sich die Äußerungen des Stadtverordnetenvorstehers zu, mehr wisse er auch nicht. Noch am 15.03. habe er eine Hausmitteilung erstellt und die Verteilung von Wahlwerbung untersagt. Er entschuldigt sich insoweit für die möglicherweise per E-Mail ohne sein Wissen im Hause beziehungsweise in das Haus versandten weiteren Einlassungen von Stadtrat Rehbein.

Der Stadtverordnete v.Wittich begrüßt die Entschuldigungen hinsichtlich der Parteien beziehungsweise der Rechtsstellung ihrer Vertreter. Er weist darauf hin, dass Stadtrat Pastor ebenfalls eine persönliche Erklärung abgeben möchte.

Der Stadtverordnetenvorsteher erläutert, dass das Rederecht von einzelnen Magistratsmitgliedern im Ermessen des Bürgermeisters als Sprecher des Magistrates stehe. Er fragt insofern den Bürgermeister, ob er Stadtrat Pastor das Wort erteile.

Der Bürgermeister erteilt Stadtratspastor das Wort nicht.

Der Stadtverordnetenvorsteher bittet um Ruhe im Saal, er ruft das Präsidium in das Trauzimmer zusammen. Er unterbricht die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 19:21 Uhr.

Um 19:51 Uhr setzt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung fort, und stellt mit 35 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit erneut fest.

Der Bürgermeister bekundet, dass er innerhalb des Tagesordnungspunktes 2 Stadtrat Pastor das Wort gar nicht erteilen könne, er werde dies aber unter Tagesordnungspunkt 3 tun.

TOP 3	Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
-------	--

Der Bürgermeister erteilt Stadtrat Pastor das Wort.

Stadtrat Pastor bittet um wörtliche Übernahme seiner Erklärung in das Protokoll.

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, es ist das erste Mal in 26 Jahren meiner Magistrattätigkeit, dass ich hier öffentlich mich gezwungen sehe, eine persönliche Erklärung abzugeben. Diese bezieht sich auf eine Anzeige im Bruchköbeler Kurier und ich glaube im Hanauer Anzeiger auch, die da lautet: Der CDU-Magistrat, bestehend aus Stadtrat Gerhard Rehbein, Bürgermeister Günter Maibach, Stadträtin Inge Cammerzell und Stadtrat Volker Schadeberg gibt eine Bilanz des CDU-Magistrates kund.

Meine Damen und Herren, ich fühle mich durch diese Anzeige in meiner politischen Arbeit als Magistratsmitglied brüskiert. Diese Anzeige entspricht weder in Form noch Inhalt der Wahrheit. Wahr ist vielmehr folgendes:

1. In dieser Stadt gibt es keinen CDU-Magistrat, sondern nur einen Magistrat der aus neun Personen besteht, diese sind: Bürgermeister, Erster Stadtrat, drei Mitglieder der CDU-Partei als Magistratsvertreter, zwei der SPD, einen der GRÜNEN, einen der FDP.

2. Jedes Kind was bis neun zählen kann, erkennt sofort, dass für eine Mehrheit fünf Stimmen notwendig sind. Das bedeutet, die vier Magistratsmitglieder der CDU können nicht einen einzigen Beschluss alleine, ich betone, nicht einen einzigen Beschluss alleine im Magistrat durchbringen. Das bedeutet also, dass natürlich bei neun, mindestens fünf Stimmen notwendig sind. Insofern kann also keine Rede davon sein,

dass die vier Mitglieder des Magistrates irgend eine Leistung für sich in Anspruch nehmen können. Wenn, dann der ganze Magistrat oder keiner.

3. Wenn man die Inhalte dieser Aufzählung betrachtet, so muss man feststellen, dass die meisten aufgezählten Dinge, ich zähle mal nur drei auf, nämlich: Neuschaffung des Gewerbegebietes Lohfeld, Unterstützung der Feuerwehren für Ausrüstung, Fahrzeugen und Neubau des Gerätehauses Oberissigheim, Kunstrasenplatz in Bruchköbel und Neubau der Zweifeldsporthalle an der Heinrich-Böll-Schule. Meine Damen und Herren, nicht mal der ganze Magistrat kann sich das als Leistung anrechnen, weil nämlich diesen Dingen geht oder gehen parlamentarische Beschlüsse in diesem Hause voraus. Und der Magistrat kann und soll diese Beschlüsse umsetzen. Wenn also überhaupt jemandes Leistung das ist, was hier aufgezählt wird, dann ist es der Leistung der Fraktionen dieses Hauses, die das mehrheitlich beschlossen haben. Nicht mal die CDU-Fraktion kann das für sich in Anspruch nehmen, weil auch sie alleine nicht mal ein Drittel der Abgeordneten im Hause stellt. Ich habe mich gefragt, wie kommt es zu so einer Anzeige, so einer offensichtlich falschen. Da hab ich mich auch gefragt, hat die CDU die Panik vor einem Machtverlust schon derart ergriffen, dass sie es nötig befunden hat, die ganze Redlichkeit und Glaubwürdigkeit dieser Partei aufs Spiel zu setzen. Danke.“

Der Bürgermeister bekundet, dass der Magistrat seine Beschlüsse zu 90-95 % einstimmig fasst, er könne die Kritik insofern nicht vollständig nachvollziehen. Darüber hinaus stehe ihm der Stichentscheid zu. Insofern sei die Aussage richtig, dass der CDU Magistrat wichtige Projekt auf den Weg gebracht habe.

Stadtrat Pastor bekundet, dass bei einem Zahlenverhältnis von fünf Magistratsmitgliedern zu vier Magistratsmitgliedern kein Gleichstand entstehen könne, das sei nicht denkbar. Letzten Endes seien darüber hinaus nur Parlamentsentscheidungen relevant.

Der Stadtverordnete Schönhals begehrt das Wort. Der Stadtverordnetenvorsteher verweigert dies mit dem Hinweis, dass bei diesem Tagesordnungspunkt der Bürgermeister keinen Bericht abgegeben habe. Fragen oder eine Aussprache könnten nur stattfinden, wenn der Bürgermeister vorher einen Bericht über Magistratsangelegenheiten abgegeben hätte, was er aber nicht getan habe.

TOP 4		Berichte aus den Ausschüssen
-------	--	------------------------------

Der Stadtverordnete v.Wittich berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Haupt- und Finanzausschusses vom 01. bzw. 02.03.2011. Er bittet den Stadtverordnetenvorsteher, die Empfehlungen des Ausschusses später bei den einzelnen Tagesordnungspunkten vorzutragen.

TOP 5	DS 74/2011	Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich des ehemaligen Fliegerhorstes Langendiebach mit Natolager
-------	------------	---

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die gemäß § 14 BauGB zur Sicherung der Bauleitplanung beschlossene Veränderungssperre, bekannt gemacht im Hanauer Anzeiger am 29.04.2009, wird gemäß § 17 (1) BauGB um 1 Jahr verlängert, damit Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden dürfen; erhebliche oder wesentliche wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden dürfen

TOP 6	DS 30/2011	Kauf eines neuen Einsatzleitwagen ELW 1 für die FFw. Bruchköbel
-------	------------	---

Der Stadtverordnetenvorsteher macht das Haus darauf aufmerksam, dass dieser Beschluss, wie auch einige andere Beschlüsse nach der zum Haushalt, sich gegenseitig bedingen. Wenn jetzt die Anschaffung des Fahrzeuges beschlossen werde, müsse daher auch das Geld hierfür zur Verfügung gestellt werden, sonst nütze der Beschluss einer Anschaffung nichts.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Kauf eines neuen Einsatzleitwagen ELW 1 für die Freiwillige Feuerwehr Bruchköbel wird wie folgt zugestimmt:

Die Firma Nutzfahrzeugzentrum Karlsruhe, Durmersheimer Str. 188, 76189 Karlsruhe, wird mit dem Gesamtauftrag des Einsatzleitwagen ELW 1 bestehend aus Fahrgestell, Aufbau mit Sonderausstattung, Beladung sowie Funk zum Gesamtpreis von 79.461,41 Euro vorbehaltlich des noch ausstehenden Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung und der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, beauftragt.

TOP 7	DS 127/2008	Antrag der SPD-Fraktion: Erweiterte Öffnungszeiten in den städtischen Kindertagesstätten
TOP 8	DS 77/2011	Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu DS-Nr. 127/2008

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne verbleibt nach den dortigen Beschlussfassungen im Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung zum Ursprungsantrag: bei 22 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

1. Mit Beginn des neuen Kindergartenjahres in 2009 werden die Öffnungszeiten in einer ausgewählten, zentral gelegenen Kindertagesstätte von 7:00 Uhr bis 18:00 Uhr erweitert.
2. In diesen Kitas wird personell ein Puffer geschaffen der eine kurzzeitige, stundenweise oder bis maximal fünf Tage dauernde, „Notfall-Betreuung“ nicht angemeldeter Kinder ermöglicht.
3. Der Magistrat erarbeitet hier für ein angepasstes **und angemessenes** Gebührenmodell

TOP 9	DS 35/2011	Bedarfs- und Entwicklungsplan – Kindertagesbetreuung der Stadt Bruchköbel 2010 -2015
-------	------------	--

Abstimmung: einstimmig zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Der Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung der Stadt Bruchköbel 2010-2015 mit Stand vom 01.01.2010 wird beschlossen.

TOP 9.a		Haushaltsreden der Fraktionen
---------	--	-------------------------------

Die Haushaltsreden werden in folgender Reihenfolge gehalten:

Der Stadtverordnete Keim spricht für die CDU- Fraktion, der Stadtverordnete v.Wittich für die SPD-Fraktion, der Stadtverordnete Rabold für die BBB-Fraktion, der Stadtverordnete Jesse für die FDP-Fraktion und der Stadtverordnete Wenzel für die Fraktion GRÜNE.

Während der Haushaltsreden betritt der Stadtverordnete Tobias Schadeberg den Sitzungssaal, damit sind 36 Stadtverordnete im Sitzungssaal anwesend.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Empter, Rabold, Keim und von Wittich, sowie der Erste Stadtrat.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt die Stadtverordnetenversammlung von 21:35 Uhr bis 21:46 Uhr pausieren, sodann eröffnet er die Sitzung erneut und stellt mit 36 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 10	DS 21/2011	Änderungen zum Haushaltsentwurf 2011
--------	------------	--------------------------------------

Blatt 8, außer Punkt 1 der Haushaltskonsolidierung des Magistrats werden hier nicht verhandelt bzw. abgestimmt, sondern bei TOP 51.

Abstimmung: bei 33 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen beschlossen

Beschluss:

Den in den beigefügten Anlagen aufgeführten Änderungen zum Haushaltsentwurf 2011 wird zugestimmt.

Es beinhaltet Änderungen bei folgenden Drucksachen-Nr.:

DS 188/2010 Prioritätenliste Investitionsprogramm 2011
DS 185/2010 Haushaltssicherungskonzept 2010 - 2014
DS 186/2010 Haushaltssatzung 2011
DS 184/2010 Finanzplanung 2010 – 2014
DS 183/2010 Investitionsprogramm 2010 – 2014
DS 127/2010 Stellenplan der Verwaltung 2011

TOP 11	DS 36/2011	CDU-Antrag: Verkleinerung bzw. Verkauf Spielplatz Karl-Eidmann-Straße
--------	------------	---

Der Stadtverordnete Keim zieht den CDU-Antrag zurück.

TOP 12	DS 37/2011	CDU-Antrag: Anschaffung Zusatzmodul Stellenverwaltungssystem
--------	------------	--

Abstimmung: bei 33 Ja-Stimmen beschlossen, 3 Stadtverordnete haben sich nicht an der Abstimmung beteiligt.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt für die Personalstelle das „LOGA“ Zusatzmodul „svs“ (Stellensverwaltungssystem) für den gesamten Stellenplan der Stadt Bruchköbel zu beschaffen und die Mittel in Höhe von circa 2000 € im Haushalt 2011 bereitzustellen.

Die TOPe 13 und 25 und 26 werden gemeinsam verhandelt.

TOP 13	DS 38/2011	CDU/GRÜNE-Antrag: Hallenbad
TOP 25	DS 50/2011	SPD-Antrag: Neubau Hallenschwimmbad
TOP 26	DS 80/2011	Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu DS-Nr. 50/2011

Abstimmung zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und B90/Grüne: bei 14 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung zum Antrag der SPD-Fraktion mit dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion und mit der Miteinstellung in den Wirtschaftsplan der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel: bei 19 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen.

Beschluss:

1. Für den Neubau des Hallenschwimmbades in der Röntgenstraße werden für das Jahr 2011 Planungs- und Abrisskosten in Höhe von 500.000 € im Finanzhaushalt bereitgestellt.
2. Für die in der Stadtverordnetenversammlung am 01.02.2011 beschlossene Planung und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung wird das Szenario 10 aus der Präsentation vom 02.11.2010 in zwei Varianten beauftragt. Variante A: mit Warmaußenbecken, Variante B: ohne Warmaußenbecken
3. Entsprechende Mittel sind jeweils in den Wirtschaftsplan der wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel einzustellen.

Die TOPe 14 und 39 werden gemeinsam verhandelt.

TOP 14	DS 39/2011	CDU/GRÜNE-Antrag: Zuschuss soziale Einrichtungen
TOP 39	DS 65/2011	BBB-Antrag: Zuschuss für Institutionen

Abstimmung zum gemeinsamer Antrag aller Fraktionen: einstimmig beschlossen.

Beschluss:

„Die Zuschüsse für die Institutionen Hanauer Lawine Beratungsstelle, das Hanauer Frauenhaus, für „Hospiz“, die Familienberatungsstelle ask, Pro Familia, Hanauer Tafel, AIDS Hilfe Hanau werden analog der Inflationsrate in Deutschland 2010 anhand der Steigerung neu festgesetzt - es wird auf 1 € gerundet.“

Die Ursprungsanträge der Fraktionen CDU, B90/Grüne und des BBB sind damit erledigt.

TOP 15	DS 40/2011	SPD-Antrag: Streichung Tiefbaumaßnahmen
--------	------------	---

Abstimmung: bei 10 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen abgelehnt.

TOP 16	DS 41/2011	SPD-Antrag: Sanierung altes Rathaus
--------	------------	-------------------------------------

Abstimmung: bei 19 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

Streichung der Mittel für eine Sanierung des alten Rathauses in Höhe von 300.000 €. Die bereitgestellten Mittel für die Instandhaltung in Höhe von 20.000 € bleiben erhalten.

TOP 17	DS 42/2011	SPD-Antrag: Pachtvertrag und Instandhaltung Bürgerhaus Bruchköbel
--------	------------	---

Abstimmung mit der Änderung „Im Produkt Bürgerhaus Bruchköbel werden 150.000 € investive Einzahlungen zusätzlich eingestellt.“: bei 19 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt mit dem Pächter des Bürgerhauses eine längerfristige vertragliche Vereinbarung zu treffen mit dem Ziel einer dauerhaften Beteiligung an den Instandhaltungs- und Sanierungskosten. Der Haushaltsansatz für Instandhaltung im Produkt 15573110 Bürgerhaus Bruchköbel wird daher um 150.000 € herabgesetzt.

TOP 18	DS 43/2011	SPD-Antrag: Streichung der Mittel für Digitalisierung
--------	------------	---

Abstimmung mit der Änderung „Die Digitalisierung des Archivs wird zurückgestellt und die vorgesehenen Mittel in Höhe von 70.000 € werden in das Investitionsprogramm 2012 verschoben.“: bei 19 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

Die Digitalisierung des Archivs wird zurückgestellt und die vorgesehenen Mittel in Höhe von 70.000 € werden in das Investitionsprogramm 2012 verschoben.

TOP 19	DS 44/2011	SPD-Antrag: Kosteneindämmung bei Fremdvergabe
--------	------------	---

Abstimmung: bei 10 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen abgelehnt.

TOP 21	DS 46/2011	SPD-Antrag: Interkommunale Zusammenarbeit
--------	------------	---

Abstimmung: bei 22 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

Im Sinne einer mittel- und langfristigen Haushaltskonsolidierung wird eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen angestrebt. Insbesondere werden die Bereiche EDV, Einkauf, Personalwesen, Druckerei und Kindertagespflege geprüft. Aber auch weitere Bereiche der Verwaltung sollen in Abstimmung mit anderen Kommunen geprüft werden. Für beratende Unterstützung wird die Dienstleistung des Kompetenzzentrums für interkommunale Zusammenarbeit in Anspruch genommen. Entsprechend den Anforderungen des hessischen Ministeriums des Innern und für Sport wird bei der interkommunalen Zusammenarbeit ein Konsolidierungspotenzial von mindestens 15 % in den jeweiligen Bereichen angenommen. Bei erfolgreicher Umsetzung gemäß den Förderrichtlinien der hessischen Landesregierung wird die entsprechende finanzielle Förderung beantragt.

Der Ausschuss ist sich einig, die TOPe 22, 34 und 42 gemeinsam zu verhandeln.

TOP 22	DS 47/2011	SPD-Antrag: Kürzung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 5%
TOP 34	DS 55/2011	BBB-Antrag: Reduzierung Kosten für Sach- und Dienstleistungen
TOP 42	DS 62/2011	FDP-Antrag: Kürzung der Ausgabenpositionen

Abstimmung zum Antrag der BBB-Fraktion: bei 9 Ja-Stimmen und 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung FDP-Antrag zu Punkt a) Kürzung der Sach- und Dienstleistungen um 10%:
bei 12 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung FDP-Antrag zu Punkt b) Kürzung der Personalausgaben um 10%:
bei 3 Ja-Stimme und 33 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung Konsolidierungsantrag des Magistrats (nur Punkt 1): bei 33 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen beschlossen.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird zurückgezogen.

TOP 23	DS 48/2011	SPD-Antrag: Einführung einer "Bruchköbeler Familienkarte"
--------	------------	---

Abstimmung: bei 19 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

Zur Förderung von Familien und Alleinerziehenden wird einer Bruchköbeler Familienkarte eingeführt. Dafür werden im Haushalt 2011 5000 € bereitgestellt.

TOP 24	DS 49/2011	SPD-Antrag: Liegenschaft Hauptstr. 113a
--------	------------	---

Abstimmung: bei 10 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen abgelehnt.

TOP 27	DS 51/2011	SPD-Antrag: Konzept Bärensee
--------	------------	------------------------------

Abstimmung: bei 19 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

Es wird von einer qualifizierten Unternehmensberatung ein Konzept zur Modernisierung und der Aufwertung des Campingplatzes Bärensee mit möglichen Zeit- und Finanzierungsplan erstellt. Es wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Der Planungskosten werden 20.000 € im Haushalt 2011 bereitgestellt.

TOP 28	DS 64/2011	SPD-Antrag: Neukonzeption der öffentlichen Kinderspielplätze
TOP 29	DS 78/2011	Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu DS-Nr. 64/2011

Es muss unter Punkt 2 heißen: „werden 5.000 € im Haushalt 2011 eingestellt“.

Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne: bei 14 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung zum Antrag der SPD-Fraktion: bei 22 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

1. Der Magistrat wird beauftragt eine Überprüfung mit Neukonzeption für die sinnvolle Nutzung der öffentlichen Kinderspiel- und Bolzplätze zu erarbeiten, der Stadtverordnetenversammlung vorzustellen und entsprechend umzusetzen.
2. Für externe Beratungskosten werden 5000 € im Haushalt 2011 bereitgestellt.

TOP 30	DS 52/2011	SPD-Antrag: Erhöhung der Aufwendungen für Städtepartnerschaften
TOP 31	DS 79/2011	Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu DS-Nr. 52/2011

Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne mit der Änderung in Satz 2:
bei 14 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung zum Antrag der SPD-Fraktion: bei 19 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

Zur Intensivierung der Städtepartnerschaft mit Varangéville, wird der Haushaltsansatz für Städtepartnerschaften (Produkt 04281100) auf 25.000,- Euro erhöht. Damit verbundene der Magistrat beauftragt, einen neuen Städtepartnerschaftsvertrag zwischen Bruchköbel und Varangéville vorzubereiten.

TOP 32	DS 53/2011	SPD-Antrag: Richtlinien zur Förderung von Betreuungsplätzen in der Kindertagespflege der Stadt Bruchköbel
--------	------------	---

Abstimmung: bei 14 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen beschlossen.

Beschluss:

Der städtische Zuschuss für Tagespflegepersonen wird auf 1,- Euro pro Betreuungsstunde erhöht. Die Richtlinien sind entsprechend anzupassen und dafür benötigten Mittel im Haushalt 2011 einzustellen.

TOP 33	DS 54/2011	BBB-Antrag: Fußballtrainingsflächen für Roßdorf, Nieder- und Oberissigheim
--------	------------	--

Abstimmung: bei 9 Ja-Stimmen und 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

TOP 35	DS 56/2011	BBB-Antrag: Reduzierung der Personalkosten
--------	------------	--

Abstimmung: bei 9 Ja-Stimmen und 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

TOP 36	DS 57/2011	BBB-Antrag: Streichung neu zu schaffender Stellen
--------	------------	---

Abstimmung: bei 9 Ja-Stimmen und 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

TOP 37	DS 58/2011	BBB-Antrag: kein neues Rathaus
--------	------------	--------------------------------

Der Antrag wurde zurückgezogen.

TOP 37.a	DS 75/2011	Antrag der BBB-Fraktion: Kein Geld für Rathausneubau
----------	------------	--

Der Antrag wird vorgetragen, an der Aussprache beteiligen sich der Erste Stadtrat sowie die Stadtverordneten Rabold, Jesse und Keim.

Abstimmung: bei 19 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

Haushaltsmittel dürfen für Planungen und Gutachten oder sonstige kostenverursachenden Tätigkeiten, die den Bau eines neuen Rathauses betreffen, nicht verwendet werden. Erst wenn durch die Stadtverordnetenversammlung einer grundsätzlichen Prüfung eines solchen Projekts etwa im Rahmen der Gestaltung einer "Neuen Mitte" zugestimmt worden sein sollte, dürfen Haushaltsmittel dafür verwendet werden.

TOP 38	DS 59/2011	BBB-Antrag: Reduzierung der Kassenkredite
--------	------------	---

Abstimmung: bei 9 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen abgelehnt.

TOP 40	DS 60/2011	FDP-Antrag: Vergabe von Schlaglochpatenschaften
--------	------------	---

Der Antrag wurde zurückgezogen.

TOP 41	DS 61/2011	FDP-Antrag: Streichung einzelner investiven Auszahlungen
--------	------------	--

Abstimmung über den geänderten Antrag: bei 3 Ja-Stimmen und 33 Nein-Stimmen abgelehnt.

TOP 43	DS 63/2011	Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Antrag: Gebührenanpassung
--------	------------	---

Abstimmung: bei 14 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

TOP 44	DS 92/2010	Stellenübersicht 2011 des Eigenbetriebes " Wirtschaftliche Betriebe der Stadt Bruchköbel"
--------	------------	---

Abstimmung: einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Hauptstraße 32
63486 Bruchköbel

Telefon: 06181/ 975-221
Telefax: 06181/ 975-203

E-Mail: awaechtler@bruchkoebel.de
Website: www.bruchkoebel.de

Seite 11 von 15

Die im Entwurf vorliegende Stellenübersicht des Eigenbetriebes „Wirtschaftliche Betriebe der Stadt Bruchköbel“ für das Wirtschaftsjahr 2011 wird genehmigt.

TOP 45	DS 93/2010	Stellenübersicht 2011 des Eigenbetriebes "Soziale Dienste der Stadt Bruchköbel"
--------	------------	---

Abstimmung: einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Die im Entwurf vorliegende Stellenübersicht des Eigenbetriebes „Soziale Dienste der Stadt Bruchköbel“ für das Wirtschaftsjahr 2011 wird genehmigt.

TOP 46	DS 127/2010	Stellenplan der Verwaltung - Haushaltsjahr 2011
--------	-------------	---

Abstimmung: bei 24 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen.

Beschluss:

Der im Entwurf vorliegende Stellenplan der Verwaltung für das Haushaltsjahr 2011 wird genehmigt.

- siehe Anlage –

TOP 47	DS 186/2010	Haushaltssatzung 2011
--------	-------------	-----------------------

Abstimmung: bei 24 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

Aufgrund der §§ 114a ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2010 (GVBl. I S. 119) hat die Stadtverordnetenversammlung am folgende Haushaltssatzung beschlossen:

- siehe Satzungstext -

TOP 48	DS 183/2010	Investitionsprogramm für den Zeitraum 2010 bis 2014
--------	-------------	---

Der Stadtverordnete v.Wittich bittet um Einzelabstimmung hinsichtlich der Produkte 10522000/84285100, Hochbau-Spielhaus Nutzungsänderung;
12541000/84285216, Infrastrukturanlagen im Bau - P+R, B+R Anlage Bahnhof;
12541000/09620037, Infrastrukturanlagen im Bau - Bahnhofsvorplatz, K+R

Abstimmung zu 10522000/84285100, Hochbau-Spielhaus Nutzungsänderung: bei 14 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung zu 12541000/84285216, Infrastrukturanlagen im Bau - P+R, B+R Anlage Bahnhof: bei 23 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu 12541000/09620037, Infrastrukturanlagen im Bau - Bahnhofsvorplatz, K+R: bei 23 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu den übrigen Punkten: bei 24 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung über die Vorlage im Ganzen: 24 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

Dem Investitionsprogramm für den Zeitraum 2010 – 2014 wird gemäß § 114 h Absatz 3 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2010 (GVBl. I S. 119) zugestimmt.

TOP 49	DS 184/2010	Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2010 - 2014
--------	-------------	--

Abstimmung: bei 24 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

Die Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2010 – 2014 wird gemäß § 114 h Absatz 4 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2010 (GVBl. I S. 119) zustimmend zur Kenntnis genommen.

TOP 50	DS 188/2010	Erstellung einer Prioritätenliste für die Kreditfinanzierung gemäß Investitionsprogramm 2011
--------	-------------	--

Abstimmung: bei 24 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen.

Beschluss:

Die von der Verwaltung favorisierte Reihenfolge der Maßnahmen laut Investitionsliste 2011 wird akzeptiert. Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2011 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird den Betrag in Höhe von 1.178.000 € nicht überschreiten.

Die TOPe 51, 20 und Blatt 8, außer Punkt 1 Haushaltskonsolidierung des Magistrats werden gemeinsam zu verhandelt.

TOP 51	DS 185/2010	Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2010 - 2014
TOP 20	DS 45/2011	SPD-Antrag: Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung aus 2010
TOP 10	DS 21/2011	Änderungen zum Haushaltsentwurf 2011

Der Bürgermeister bittet bei der Änderung des Magistrats, Blatt 8, Auszug aus der Sitzung des Magistrats vom 26.01.2011 zum Thema Haushaltskonsolidierung 2011 den Punkt „es findet eine Gewinnabführung des Eigenbetriebs Soziale Dienste statt“ in „Inanspruchnahme der Rücklage durch Erhöhung der Kostenberechnung durch städtische Leistungen“ zu ändern.

Einzelabstimmung zu TOP 10, Änderung zum Haushaltsentwurf 2011, Blatt 8, außer Punkt 1 der Haushaltskonsolidierung des Magistrats mit der Änderung „Erhöhung der Kostenberechnung“ bei dem Eigenbetrieb Soziale Dienste der Stadt Bruchköbel:

Abstimmung „das Hallenbad wird bis auf Weiteres nicht neu errichtet. Einsparung 144.800 €“: bei 17 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung „die Dienstleistungen des Bauhofs werden in Rechnung gestellt. Einsparung 340.000 €“: bei 3 Ja-Stimmen und 33 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung „Inanspruchnahme der Rücklage des Eigenbetriebes Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel durch Erhöhung der Kostenberechnung durch städtische Leistungen. Einsparung 200.000 €“: bei 27 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen beschlossen.

Abstimmung „der ÖPNV wird eingeschränkt. Einsparung 216.000 €“: bei 17 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

Einzelabstimmung zu TOP 20: Antrag der SPD-Fraktion: Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung aus 2010

Abstimmung zu 1, „Beantragung eines Zuschusses für die gewährte Altersteilzeit. Verbesserung 20.000 €“: bei 19 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen beschlossen.

Abstimmung zu 2, „der Bauhof wird in die Organisationsform des Eigenbetriebes überführt. Einsparung in 2011 = 83.500 €“: bei 13 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung zu 3, „die Bauverwaltung wird in die Organisationsform des Eigenbetriebes überführt. Einsparung 34.000 €“: bei 13 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung zu 4, „im Produkt Abfallwirtschaft werden kostendeckende Gebühren erhoben. Einsparung in 2011 134.400 €. Folgende Jahre je 268.800 €“: bei 22 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu 5, „im Produkt Abwasserbeseitigung werden künftig alle kalkulatorischen Kosten berücksichtigt und kostendeckende Gebühren erhoben. Verbesserungen in 2011 32.500 €. In den Folgejahren je 65.000 €“: bei 23 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu 6, „im Produkt Bewirtschaftung öffentlicher Verkehrsflächen werden künftig Aufgaben für Instandhaltung von Sachanlagen im Gemeindegebrauch verstärkt vom Bauhof durchgeführt. Die Mittel im Konto 616500000 werden wie in den Vorjahren mit 250.000 € angesetzt. Der Bauhof erhält davon Beauftragungen im Wert von 62.500 € (rund 25%). In den folgenden Jahren übernimmt der Bauhof Arbeiten zu 50%“: bei 10 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 9 abgelehnt.

Abstimmung zu TOP 51 „Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2010 bis 2014“: bei 24 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen Annahme empfohlen

Gesamtabstimmung „Konsolidierung“: bei 24 Ja-Stimmen und 12 Enthaltungen beschlossen.

Beschluss:

Das Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2010 – 2014 wird beschlossen.

- das Haushaltssicherungskonzept ist Bestandteil des Haushaltsplans 2011-

TOP 52	DS 91/2010	Wirtschaftsplan 2011 der Sozialen Dienste
--------	------------	---

Abstimmung: einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes Soziale Dienste der Stadtverwaltung Bruchköbel - siehe Anlage - wird beschlossen.

TOP 53	DS 152/2010	Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2011 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel
--------	-------------	--

Abstimmung: bei 23 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss zu empfehlen:

A. im Erfolgsplan auf ein Jahresergebnis von minus 545.323 € (Verlust)

B. im Vermögensplan auf ein Gesamtbetrag

des Vermögensbedarf 4.693.500,00 €

der Deckungsmittel 4.693.500,00 €

Hauptstraße 32
63486 Bruchköbel

Telefon: 06181/ 975-221
Telefax: 06181/ 975-203

E-Mail: awaechtler@bruchkoebel.de
Website: www.bruchkoebel.de

Seite 14 von 15

C. im Finanzplan 2010 bis 2014 auf die dort ausgewiesene Beträge festgesetzt.

Es gilt die noch von der Stadtverordnetenversammlung zu beschließende Stellenübersicht 2011 (Teil B – D), wie sie dem Wirtschaftsplan 2011 beigelegt ist.

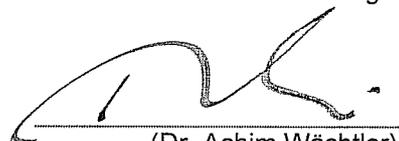
TOP 54	Schlusswort des Stadtverordnetenvorstehers
--------	--

Der Stadtverordnetenvorsteher dankt allen Damen und Herren Stadtverordneten für die gute Zusammenarbeit in den letzten fünf gemeinsamen Jahren und insbesondere denen, die ihre kommunalpolitische Arbeit mit dem Ablauf der Wahlzeit dieser Stadtverordnetenversammlung beenden. Er dankt auch den mit dem Sitzungsdienst befassten Damen in der Verwaltung, Frau Barth, Frau Giebisch-Emmerich und Frau Dott für die geleistete Arbeit. Schließlich bedankt er sich beim Schriftführer Herrn Dr. Wächtler herzlich für das gemeinsame Meistern auch schwierigster Aufgaben.

Er wünscht der Kommunalwahl einen guten Verlauf und der neuen Stadtverordnetenversammlung gute Entscheidungen.

Nachdem keine weiteren Meldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 22:30 Uhr.

(Thomas Demuth)
Stadtverordnetenvorsteher



(Dr. Achim Wächtler)
Schriftführer